

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir reden heute über den Haushaltsentwurf 2026 und die Finanzplanung 2027 bis 2029. Für die ÖDP-Fraktion will ich zwei Punkte ansprechen:

Energiewende als Chance:

Meine Damen und Herren,

Erneuerbare Energien EE sind Freiheitsenergien. Sie erinnern sich – das hat der vorherige Finanzminister von der FDP, der Name fällt mir gerade nicht ein, einmal im Deutschen Bundestag gesagt, unmittelbar nach dem Einmarsch der Russen in die Ukraine. Einmal, immerhin, danach haben ihm die Lobbyisten der Gas- und Ölindustrie vermutlich den Sprechzettel ausgetauscht.

Erneuerbare Energien sind Friedensenergien. Das Geld für unsere Gas- und Ölimporte geht ganz überwiegend in Staaten, die uns und unserer Demokratie nicht wohlgesonnen sind – Autokraten, Despoten und Kriegstreiber. Weniger Geld für diese Gewaltherrscher verringert deren Kriegsfähigkeit und erhöht dadurch weltweit die Friedenschancen.

Erneuerbare Energien sind Wohlstandsenergien. Die BRD importiert jedes Jahr für 80 Milliarden Euro Gas und Öl – jedes Jahr ein „Sonervermögen“, das aus unserem Land abfließt. 80 Milliarden Euro – das sind keine Investitionen, das sind Kosten.

Große Faustformel bei 80 Millionen Einwohnern sind das 1.000 Euro pro Person. Für Amberg mit 43.000 Einwohnern sind es also 43 Millionen Euro – Jahr für Jahr. Die Energiewende bietet die Chance, dass wir von diesen 1.000.- Euro pro Person einen immer größeren Anteil bei uns vor Ort im Wertschöpfungskreislauf halten können. Mit unseren Stadtwerken Amberg, die zu 100 Prozent in unserem Eigentum sind, haben wir dafür auch den entscheidenden Akteur. GF Backowies mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist aktiv unterwegs auf diesem Pfad Energiewende als Chance.

Übrigens, wir leben in einer weltweiten Energierevolution. Dazu Zahlen der IEA, der internationalen Energieagentur: prozentualer Anteil der EE Sonne und Wind am weltweiten Kapazitätszubau bei Stromerzeugungsanlagen: 2022 83 %, 2023 86 %, 2024 92,5 % – es wird fast nichts anderes mehr gebaut.

Klinikum St. Marien:

Unser Klinikum St. Marien leistet als Schwerpunktversorger für unsere Stadt, den Landkreis Amberg-Sulzbach und die ganze Region eine vorzügliche medizinische Versorgung – ein zentrales Feld der Daseinsvorsorge. Daran haben alle Beschäftigten ihren Anteil – die Ärzteschaft, das Pflegepersonal, der Vorstand, die Verwaltung, die Servicedienste. Herr Wendl, ganz herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitarbeitenden für diese Leistung.

Es ist umso bitterer, dass diese vorzügliche Leistung nicht zu einem vorzüglichen Finanzergebnis führt. Die Schuld daran trägt einerseits der Bund. Die dauerhaft gestiegenen Betriebskosten werden nicht ausgeglichen, im Gegenteil, das aktuelle Spar-Paket von 1,8 Milliarden Euro verringert die Einnahmen unserer Klinikums 2026 um 2 Millionen Euro. Die Schuld liegt andererseits aber auch beim Freistaat. Unsere

anerkannten Investitionen werden nur zu maximal 80 Prozent gefördert, es bleibt jeweils ein Riesenbatzen bei uns hängen. Und der Freistaat verweigert seine Arbeit bei der Krankenhausplanung – im Gegensatz zu NRW, wo Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, CDU, eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur per Gesetz verankert hat. Bayerischer Städtetag und Landkreistag haben die zuständige Ministerin Gerlach mit drastischen Worten aufgefordert, endlich ihrem gesetzlichen Auftrag Krankenhausplanung nachzukommen.

Zitat Thomas Karmasin, CSU, Landrat FFB und Präsident des Landkreistages:
„Wir brauchen aber keinen moderierten Stuhlkreis, sondern eine echte Verantwortungsübernahme für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung des Freistaats.“

Jetzt kommen wir zu unserer Verantwortung vor Ort als Kommunalpolitikerinnen und Politiker. Wir brauchen die gelebte Zusammenarbeit zwischen unserem Klinikum und dem St. Anna Krankenhaus in Sulzbach-Rosenberg zum Wohle unserer Bevölkerung und zur langfristigen Sicherung der hervorragenden und umfassenden stationären Versorgung in unserer Region. Der Bundesgesetzgeber hat die Krankenhausreform auf den Weg gebracht, um Leistungen zu konzentrieren und dadurch Qualität und Wirtschaftlichkeit der Kliniken zu erhöhen.

Was heißt das konkret? Doppelstrukturen dürfen nicht aufgebaut werden – z. B. aktuell der Leistungsbereich Brustkrebs am St. Anna Krankenhaus trotz zertifiziertem Brustkrebszentrum am KSM. Die für die Versorgung der Bevölkerung nicht zwingend notwendigen Doppelstrukturen müssen abgebaut werden, Herr Oberbürgermeister ich wiederhole Ihr Beispiel aus der HFA-Sitzung: Die interventionelle Kardiologie.

Welche Gefahr besteht, wenn unser Angebot zur gelebten Zusammenarbeit weiterhin blockiert wird? Es besteht die Gefahr, dass wir in unserer Region bei Scharfschaltung der Reform mit Mindestvorhaltezahlen je Standort und Leistungsgruppe Versorgungsangebote für unsere Bevölkerung in Stadt und Landkreis verlieren.

Der Landkreis kann und darf sich seiner Verantwortung für die stationäre Versorgung seiner Bevölkerung nicht entziehen. Unser Klinikum behandelt weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger des Landkreises als die Landkreiskrankenhäuser. Zahlen aus der Patientenstatistik Bayern 2024: Von 16.300 stationären Patienten aus dem Landkreis werden 10.700 Fälle im KSM versorgt, das sind ca. 65 Prozent der stationären Fälle. Unabgestimmtes Vorgehen und verweigerte Zusammenarbeit schwächen die Region insgesamt. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden die Leidtragenden sein, wenn Sie für wichtige Versorgungsangebote zukünftig weite Wege in Kauf nehmen müssen.

Mit einer gelebten Zusammenarbeit und Abstimmung der Leistungssprektren können außerdem zusätzliche Leistungsgruppen angeboten werden, mit dem Ziel, weniger Patienten aus unserer Region abverlegen zu müssen.

Wer blockiert dieses einzig zukunftstaugliche Konzept? Die Blockade muss man an einer Person festmachen – Landrat Richard Reisinger. Er manipuliert mit alternativen Fakten: Amberg will die Notaufnahme wegnehmen, Amberg will Sulzbach-Rosenberg plattmachen, 800 Arbeitsplätze sind gefährdet usw.

Diesen alternativen Fakten müssen wir objektive Informationen entgegensetzen. Die zukünftigen Strukturvorgaben des Bundes werden sowohl den Landkreis als auch die Stadt dazu zwingen, Strukturanpassungen vorzunehmen. Der weiter steigende wirtschaftliche Druck wird uns zwingen, alle Möglichkeiten in den Einrichtungen auszuschöpfen, um die Belastung für die kommunalen Haushalte zu verringern. In einer gelebten Zusammenarbeit wäre das schon jetzt möglich. Ein gemeinsames Miteinander ist aber nicht möglich, weil auch in diesem Jahr sämtliche Gesprächsangebote durch Landrat Reisinger abgelehnt wurden.

Daher unser ÖDP-Vorschlag, um eine an sachlichen Fakten orientierte Diskussion auf den Weg zu bringen:

Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach werden über die aktuelle Lage und die zukünftigen Rahmenbedingungen des Klinikums und der Kreiskrankenhäuser informiert – mit Fakten – die alternativen Fakten überlassen wir Landrat Reisinger.

Herr Wendl, ich bin mir sicher, dass Sie als Vorstand gemeinsam mit der ÄDin Frau Dr. König und der Pflegedirektorin Frau Wittmann dafür die passende Publikation finden werden. Herr Oberbürgermeister, ich bin mir sicher, dass Sie als Verwaltungsratsvorsitzender diese Publikation nutzen werden: Klare Aussagen, klare Ansagen, klare Antworten – klare Kante!

Wir brauchen die öffentliche Debatte über das Zukunftskonzept für unsere Krankenhäuser. Es pressiert, wir haben keine Zeit zu verlieren.

Danksagung:

Meine Damen und Herren,
was den Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat angeht, den Dank an die Beschäftigten in der Verwaltung und unseren Tochterunternehmen, an die Medien und an die Stadtgesellschaft insgesamt schließe ich mich meinen Vorrednern vollinhaltlich und vollumfänglich an.

„Pacta sunt servanda!“ – so formulierten die alten Römer das Rechtsprinzip der Vertragstreue. Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit – unsere bürgerlich-ökologische Gestaltungsmehrheit hält bis zum Ende der Vertragszeit – das hat es ja auch schon ganz anders gegeben. Dank an die CSU-Fraktion, Dank an den Fraktionsvorsitzenden Dr. Matthias Schöberl.

Abstimmung:

Herr Oberbürgermeister! Wie im Hauptausschuss bereits angekündigt, stimmt die ÖDP dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2026 ebenso zu wie der Finanzplanung 2027 bis 2029.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.
Klaus Mrasek
Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

1x CSU-Fraktion
1x SPD-Fraktion
1x Grüne
1x DLA
1x ÖDP
1x FW
1x Amberg bunt
1x FDP
1x Protokoll
1x Presse AZ
1x Presse AN